Die Linke.-Fraktion · Postfach 103564 · 50475 Köln

An den Oberbürgermeister
Herrn Torsten Burmester

An den Vorsitzenden des
Finanzausschusses
Herrn Dr. Gerrit Krupp

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln
Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de
Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 12.10.2026

AN/1619/2026

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Finanzausschuss	16.10.2026

Veränderungsnachweis der Fraktion Die Linke zum Haushaltsplanentwurf 2027/28

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

die Fraktion Die Linke bittet Sie, folgenden Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2027/28 auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 16. Oktober 2026 zu setzen.

Beschluss:

Zum Haushaltsplanentwurf der Verwaltung werden die Änderungen gemäß Anlage beschlossen.

Begründung:

Die Linke wendet sich gegen die heftigen Kürzungen, die im Entwurf für den Doppelhaushalt 2027/2028 geplant sind. Im Sozialbereich, bei Geflüchteten, beim Schutz von Frauen vor Gewalt, bei Kindern und Jugendlichen, bei Sport und Kultur – durch die Bank werden Strukturen beschädigt oder in ihrer Existenz gefährdet, die für das Leben der Kölnerinnen und Kölner bedeutsam sind. Vulnerable Gruppen und Menschen mit geringen eigenen Ressourcen werden von den Folgen besonders betroffen sein. All das, was mit diesem Haushalt weggekürzt wird, wird nicht wiederkehren, denn solche Strukturen wachsen erst über Jahre und Jahrzehnte.

Auch unter finanziellen Gesichtspunkten ist dieses Vorgehen nicht überzeugend. Das gilt zum einen auf der Ebene der einzelnen betroffenen Organisation. In vielen Fällen hängt an den städtischen Fördergeldern die Möglichkeit, zusätzliche Mittel von Stiftungen oder staatlicher Fördertöpfe einzuwerben. Der Schaden ist daher schnell ein Mehrfaches der städtischen

Kürzungen – für die Organisation und auch für Köln.

Das gilt aber auch für die Kölner Finanzen insgesamt, denn: **Der Kölner Haushalt lässt sich nicht gesundkürzen!**

Ein ausgeglichener Haushalt ist offenkundig auch nicht das Ziel des Haushaltsplanentwurfes der Kämmerei. Bereits 2031 kann es zu einer Überschuldung der Stadt Köln kommen, wie Stadtdirektorin und Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert in ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes erklärte. Das Ziel ist eher, den Zeitpunkt der Überschuldung ein wenig hinauszuzögern und bis dahin die Genehmigung des Kölner Haushaltsplanes durch die Bezirksregierung zu sichern.

Letztlich wird die Zukunft der Kommunen und ihrer Finanzen aber davon abhängen, ob Bund und Land ihrer Verantwortung endlich nachkommen und die Städte und Gemeinden mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten, mit denen sie ihre Aufgaben für die Einwohnerinnen und Einwohner dauerhaft und nachhaltig erfüllen können. Hierzu hat Die Linke in die Ratssitzung am 8.10.2026 einen Antrag eingebracht. Die Wiedererhebung der Vermögensteuer, die 237 Mio. Euro jährlich nach Köln bringen würde, und ein höherer Anteil der Landeseinnahmen für den kommunalen Finanzausgleich sind dabei zentrale Forderungen. Bundesgelder sollen statt in Aufrüstung in den Ausbau des Sozialstaates auch auf kommunaler Ebene fließen.

Die Linke fordert, die Einnahmen der Stadt zu erhöhen: Mit einer höheren Gewerbesteuer, mit Betriebsprüfer*innen gegen die Steuervermeidung von Großbetrieben, mit einer Reduzierung externer Vergaben. Auf nicht notwendige Prestige-Großprojekte, z. B. den Ost-West-Tunnel, soll verzichtet werden.

So können nicht nur Kürzungen verhindert werden, sondern auch wichtige Maßnahmen angegangen werden, z.B. im Wohnungsbau und in der Verkehrswende.

Die Linke setzt mit ihrem Änderungsantrag/Veränderungsnachweis zum Haushalt 2027/2028 Schwerpunkte bei den Themen Wohnen, Mobilität, Gesundheit, Bildung und benachteiligte Stadtteile in einem Volumen von 174 Mio. Euro.

Es ist offensichtlich: In Köln herrscht Mietennotstand. **Wohnen** ist für viele Kölnerinnen und Kölner kaum noch bezahlbar.12.890 Kölner*innen haben eine Petition gegen den Mietennotstand unterschrieben. Gesammelt wurden diese Unterschriften von Mitgliedern der Mietenkampagne der Kölner Linken.

Wir greifen Forderungen dieser Petition auf und stellen in unserem Veränderungsnachweis die erforderlichen Mittel ein, um gegen Mietpreisüberhöhung und Mietwucher vorzugehen und mehr Mieter*innen durch soziale Erhaltungssatzungen gegen Verdrängung zu schützen. Und damit in Köln mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden, fordern wir ein kommunales Wohnungsbauförderprogramm (33 Mio. Euro).

Im Bereich **Mobilität** sieht der Haushaltsplanentwurf vor, die Verkehrswende auf Jahre zu verschieben. Das ist nicht zu verantworten, denn die Verkehrswende ist ein bedeutender Beitrag zum Klimaschutz und zentral für die Mobilitätsbedürfnisse der Kölnerinnen und Kölner.

Das Rückgrat einer Verkehrswende in Köln ist der ÖPNV. Doch die Ost-West-Achse mit dem Bau eines Stadtbahntunnels und dem Ausbau für 90m-Bahnen ist das zentrale Projekt im sog. „Basisszenario“ der KVB, hinter dem alle anderen sinnvollen Ausbaupläne zurückstehen sollen. Für die Ost-West-Achse sind 12 Millionen im Doppelhaushalt 2027/28 und 56 Mio. Euro in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2031 eingestellt. Die Gesamtkosten für die Stadt Köln sind nicht absehbar.

Die Millionen sind weit besser angelegt für den oberirdischen KVB-Ausbau, die Verlängerung der Gürtellinie 13 bis zum Rhein, der Schienenanschluss von Neubrück, Widdersdorf, Mülheim-Süd, Stammheim, Flittard, die Verlängerung der Linie 7 bis Langel-Süd, der Linie 12 bis Feldkassel, der Linie 5 bis Esch, Pesch, Auweiler, die neue Stadtbahn Köln-Niederkassel/Bonn. Darüber hinaus braucht es einen barrierefreien Umbau der Haltestellen entlang der Linie 13, die Rücknahme der Kürzungen beim Radwegeausbau und die Umwandlung weiterer Veedelszentren in Kalk und Deutz in autofreie und begrünte Aufenthaltsorte.

Im **Gesundheitsbereich** möchten wir medizinische Versorgungszentren etablieren, die niedrigschwellige, aufsuchende Arbeit praktizieren und auch soziale Umstände, die krank machen, in den Blick nehmen. Wir reagieren auf den Anstieg psychischer Erkrankungen und wollen die Versorgung von Schülerinnen und Schülern mit psychischen Problemen, aber auch die ambulante psychische Versorgung von Erwachsenen verbessern. Die Fortführung des Anonymen Krankenscheins für Obdachlose und Menschen ohne Papiere ist eine Frage von Leben und Tod und muss dauerhaft gesichert werden.

Bildungsangebote helfen Kindern und Jugendlichen dabei, ihr Leben in die Hand zu nehmen und befriedigend zu gestalten. Dabei brauchen benachteiligte Schüler*innen besondere Unterstützung. Wir wollen demzufolge Angebote für alle Schüler*innen und Jugendliche ausbauen wie den Schulpsychologischen Dienst oder die kulturpädagogische Jugendarbeit. Schulen mit vielen sozio-ökonomisch benachteiligten Kindern werden wir besonders unterstützen, etwa durch Zuschüsse für die Offene Ganztagsgrundschule oder mehr Schulsozialarbeit.

Jugendzentren sind Orte, an denen Kinder und Jugendliche unabhängig von ihren Familien Raum und Orientierung bekommen. Sie dürfen nicht eingespart, sondern müssen sukzessive ausgebaut werden. Diesen Weg wollen wir am Kölnberg und einem weiteren benachteiligten Stadtteil weitergehen.

Das Engagement für **benachteiligte Stadtteile** muss ausgebaut werden. Köln ist eine stark polarisierte Stadt. Zwischen den Stadtteilen gibt es starke Unterschiede etwa beim Einkommen oder der Wohnsituation. Dem wirkt die Stadt mit verschiedenen Programmen entgegen. Wir unterstützen dies, geben uns damit aber nicht zufrieden.

So arbeiten in 15 Sozialraumgebieten Koordinationsstellen daran, die Lebensbedingungen und Teilhabechancen der Bewohner*innen zu verbessern. Diese Arbeit wollen wir ausbauen und erhöhen daher die Mittel um 225.000 Euro.

Die Bürgerzentren sind wichtige Orte eines weltoffenen und toleranten Miteinanders und des gesellschaftlichen Engagements der Bürger*innen. Ihnen drohen drastische Kürzungen. Die wollen wir zurücknehmen.

Auch von pädagogischer Arbeit muss man (gut) leben können. Wir möchten raus aus dem öffentlichen Lohndumping an der Volkshochschule oder an Offenen Ganztagsgrundschulen, wollen die Kulturpädagogik der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gleichstellen und Pflichtpraktika in der Sozialen Arbeit so entlohnen, dass sie nicht zur Schuldenfalle für Studierende werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.
Dr. Günter Bell
Fraktionsgeschäftsführer